

Frank-Walter Steinmeier

Peer Steinbrück

**Auch darum geht es am 27. September:
Lehren aus der Krise ziehen!
Die Lasten der Krise fair verteilen!**

Berlin, September 2009

Die Lasten der Krise fair verteilen

Die Finanzmärkte haben uns die schwerste Wirtschaftskrise seit der Großen Depression vor 80 Jahren beschert. Weltweit schützen verantwortungsvolle Regierungen mit dem Geld der Steuerzahler die Wirtschaft und damit die Arbeitsplätze vor dem Absturz. Viele Menschen fragen sich: Wer zahlt dafür die Zeche? Sind nur wir Steuerzahler die Dummen oder werden auch die Finanzmärkte und die Investmentbanker zur Bezahlung herangezogen?

Darüber entscheiden die Wählerinnen und Wähler in Deutschland am 27. September:

Gibt es in Zukunft eine Regierung in Deutschland, die international mit aller Kraft eine Finanztransaktionssteuer anstrebt? Oder national wenigstens eine Börsenumsatzsteuer? Das sind im Wesentlichen die Möglichkeiten, die die Politik hat, um die Verursacher der Krise finanziell in die Verantwortung zu nehmen.

Gibt es in Zukunft eine Regierung in Deutschland, die Managerboni steuerlich begrenzt und die Bonuszahlungen z.B. auf ein Dreifaches des Jahresgehalts begrenzt?

Gibt es in Zukunft eine Regierung in Deutschland, die die gesetzlichen Grundlagen dafür legt, dass Banken ihre Aktivitäten für deutsche Steuerzahler in Steueroasen auf Anfrage offen legen müssen?

Gibt es in Zukunft eine Regierung in Deutschland, die bereit ist und die Kraft hat, die Lehren aus der schwersten Krise des globalen Kapitalismus zu ziehen?

Wir Sozialdemokraten stehen dafür. Schwarz-gelb steht für das Gegenteil.

Die Finanzmarktkrise hat gezeigt: Sich selbst überlassene Märkte neigen zu Exzessen. Die Märkte setzen sich selbst keine Grenzen. Investmentbanker und Börsianer haben sich in einen besinnungslosen Rausch getrunken, nicht wenige Kunden wollten bei der Party dabei sein. Die Exzesse hätten fast zum Totalzusammenbruch geführt. Jetzt müssen wir alle die Konsequenzen tragen. Nehmen wir das hin oder beenden wir endlich die Möglichkeit zum „Koma-saufen“ auf den Finanzmärkten?

Zügellosem Alkoholmissbrauch von Jugendlichen versucht der Gesetzgeber auch einen Riegel vorzuschieben. Und bei Exzessen auf den Finanzmärkten, die uns alle in den Ruin treiben können, soll die Politik tatenlos zuschauen? Die SPD will das nicht.

Deshalb fordern wir in unserem Regierungsprogramm die internationale Einführung einer Finanztransaktionssteuer, mindestens aber die nationale Einführung einer Börsenumsatzsteuer, die (steuerliche) Begrenzung von Managerboni und die Intensivierung des Kampfs gegen Steueroasen. CDU, CSU und FDP wollen das alles verhindern.

1. Finanztransaktionssteuer bzw. Börsenumsatzsteuer einführen!

Allein in Deutschland fehlen in der nächsten Legislaturperiode über 300 Mrd. € Steuereinnahmen. Der Staat musste fast 500 Mrd. € an Bürgschaften und Kapitalhilfen für Banken bereitstellen und Wirtschaft und Konsum mit zwei Konjunkturpaketen in der Größenordnung von insgesamt über 80 Mrd. € stabilisieren. Darüberhinaus umfasst das Kredit- und Bürgschaftsprogramm für Unternehmen 100 Mrd. €.

Wer zahlt dafür die Zeche? Die Garantiegebühren und die Ausgleichsbeträge, die die Banken zahlen müssen und die Ausschüttungssperren, die ihnen drohen, reichen nicht aus. Wir wollen, dass die Finanzmärkte ihren Teil zur Finanzierung der Krisenlasten beitragen müssen. Damit können wir die Belastungen durch Bürgschaften und Kapitalhilfen gegenfinanzieren. Das **beste Mittel**, um den gesamten Finanzsektor an den Kosten der Krise zu beteiligen, ist eine **internationale Finanztransaktionssteuer**. Sie unterscheidet sich in zentralen Elementen von der sog. „Tobin-Steuer“, die den Devisenmarkt betrifft.

Wir streben eine internationale Finanztransaktionssteuer mindestens auf G20-Ebene mit einer möglichst breiten Bemessungsgrundlage und niedrigen Steuersätzen an. Erstens verantworten die G20-Staaten auf ihren Börsen und Handelsplätzen 92% des Welt-Aktienhandels und 76 % des Welt-Anleihenhandels. Ausweichreaktionen sind also kaum möglich. Aus dem gleichen Grund müsste zweitens die Bemessungsgrundlage der Finanztransaktionssteuer neben Wechselkursgeschäften, Spot-, Derivate- und OTC-Transaktionen (an Börsen) für den Handel mit Aktien, Anleihen und Derivaten umfassen. Drittens sollte der Steuersatz möglichst niedrig zwischen 0,01% und 0,05% liegen.

Nach Berechnungen des WIFO Instituts in Wien könnte eine weltweite Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,05% auf alle Transaktionen Einnahmen von rund 1 % des nominellen Welt-BIPs und damit rund die Hälfte der vom IWF berechneten bisherigen Belastungen aus Anti-Krisenmaßnahmen in Höhe von 2 % BIP erbringen. Nach groben Schätzungen könnten sich für Deutschland so Einnahmen zwischen 10 und 20 Mrd. € pro Jahr ergeben. Die Debatte der Finanzminister in London vom Wochenende hat gezeigt, dass es eine prinzipielle Übereinstimmung gibt, die Lasten der Krise fair zu verteilen. Wenn es in einem weiteren Schritt gelänge, auf dem G 20-Gipfel in Pittsburgh eine Vereinbarung zur Einführung einer

Finanztransaktionssteuer zu schließen, hätten wir ein wirkungsvolles Instrument, diejenigen an den Kosten der Krise zu beteiligen, die mit Finanztransaktionen satte Gewinne einfahren.

Aber selbst, wenn es auf G 20- oder zumindest EU-Ebene keine Verständigung zugunsten einer Finanztransaktionssteuer geben sollte, bleibt kurzfristig als **Mittel die nationale Umsetzung der von der SPD geforderten Börsenumsatzsteuer**, wie sie in Großbritannien bereits seit 1694 existiert: Die Stempelsteuer beträgt dort 0,5 % des Kurswertes (Normalsatz) bis 1,5 % für Clearing-Häuser und Finanzprodukte, die bei weiteren Transaktionen nicht mehr besteuert werden.

2. Managervergütungen steuerlich begrenzen!

Das Steuerrecht bietet eine wirkungsvolle Methode, um verantwortungsvolles Wirtschaften zu belohnen und der Gier nach dem raschen Gewinn einen Riegel vorzuschieben. Die SPD will die vollständige steuerliche Absetzbarkeit von **Managervergütungen und Abfindungen** als Betriebsausgaben abschaffen (hälftiges Abzugsverbot bei Zahlungen von über 1 Mio. €). CDU und CSU verteidigen jedoch mit Vehemenz die geltende Regelung. Dank CDU und CSU zahlt die Gemeinschaft der Steuerzahler auch in Zukunft kräftig mit, wenn Unternehmen ihren Führungskräften Bonuszahlungen in Millionen-Höhe gönnen. Selbst zu einer gesetzlichen **Festschreibung der variablen Anteile in Relation zum Fixgehalt, z.B. auf das Dreifache**, ist die Union nicht bereit. So fehlen weiterhin jegliche Haltelinien für die variablen Gehälter.

Ebenso einfach wie wirkungsvoll - und von der SPD immer wieder gefordert - wäre die Aktiengesetzliche **Verpflichtung der Vorstände auf ein „Unternehmenswohl“**, welches nicht nur die Interessen der Aktionäre, sondern auch der Arbeitnehmer und der Allgemeinheit einschließen würde. Das wäre ein wichtiger Hebel für eine „angemessene“ Vergütung der Manager. Auch dies wurde in den letzten Monaten mehrfach von CDU und CSU blockiert.

3. Kampf gegen Steueroasen fortsetzen!

Die SPD hat beim Kampf gegen Steueroasen ernst gemacht. Es ist ungerecht und unsolidarisch, wenn ausgerechnet die Reichsten z.B. über Stiftungen im Ausland Hunderte Milliarden Steuern am Fiskus vorbei schmuggeln. Das trifft diejenigen am härtesten, die wesentlich auf Bildungs- und Sozialleistungen in Deutschland angewiesen sind und darunter leiden müssen, dass die finanzielle Grundlage für deren Ausbau dadurch ausgehöhlt wird.

Wir wollen nicht, dass deutsche Banken immer noch mit ihren Steuereliminierenden oder -reduzierenden Aktivitäten in Steueroasen werben. Noch immer managen große deutsche

Banken vom benachbarten Ausland aus Tausende von Stiftungen und Trusts nach dem Recht berücktigter Steueroasen. Warum machen sie das, warum nutzen sie nicht das Recht des Landes, in dem sie tätig sind? Fachleute gehen davon aus, dass rund 90 % dieser Aktivitäten der Steuerhinterziehung dienen. Wie viel Privat- oder Firmenkunden es gibt, wissen wir nicht. Ohne die Hilfe deutscher Banken kann Steuergeld nicht in Steueroasen geschleust werden. Wir wollen unterbinden, dass sich Banken bei der Beihilfe zur Steuerhinterziehung eine goldene Nase verdienen. Bisher sind uns rechtlich aber die Hände gebunden. Das wollen wir ändern!

CDU und CSU haben den **Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steueroasen** immer wieder verzögert. Monatelang haben sie ein entsprechendes Gesetzesvorhaben blockiert und jeglichen Handlungsbedarf in Deutschland bestritten. Erst nach harten Verhandlungen konnte die SPD das Gesetz durchsetzen, aber nur mit dem Kompromiss, dass die konkreten Umsetzungsschritte aus dem Gesetz herausgenommen werden mussten. CDU und CSU haben im Laufe des Verfahrens das „Scharfmachen“ des Gesetzes verhindert und darauf gedrängt, dass dies erst über eine Verordnung erfolgt. Diese kommt (hoffentlich) am 18. September. Dann muss aber ein Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen mit der Liste der Steueroasen gefertigt werden. Das macht nur Peer Steinbrück. CDU, CSU und FDP wollen das verhindern.

Lehren aus der Krise müssen jetzt gezogen werden: Die SPD ist dazu bereit!

Die Nachrichten der letzten Wochen müssen einen in der Sorge um die **Rückkehr der Gier** bestärken. Ausgerechnet die Investmentbanken verdienen jetzt wieder richtig Geld, zum Teil auch Dank staatlicher Hilfen. Wir dürfen nicht zulassen, dass das alte Zockerspiel der Banken wieder von vorne beginnt, dass das Kasino wieder eröffnet wird. Wir sollen nicht „zum alten Kurs zurückkehren“. Wir haben bereits im Februar gemeinsam eine Blaupause vorgelegt, die **Verkehrsregeln und Grundsätze** umfasst, deren Umsetzung und Einhaltung dazu führen wird, dass es nie wieder zu einer solchen Krise kommt. Eine solche Krise kann sich unser Land nicht noch einmal leisten.

Wir wollen verhindern, dass Bürgerinnen und Bürger die Zeche für die Exzesse der Finanzmärkte bezahlen, während sich gleichzeitig die Manager mit ungenierten Gehaltsabsprachen die Taschen voll stopfen. Wir werden uns auch weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Sparguthaben in Deutschland sicher sind. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass die Banken das Geld, das sie erhalten, für Kredite an Private und Unternehmen zu verantwortbaren Konditionen weiterreichen.